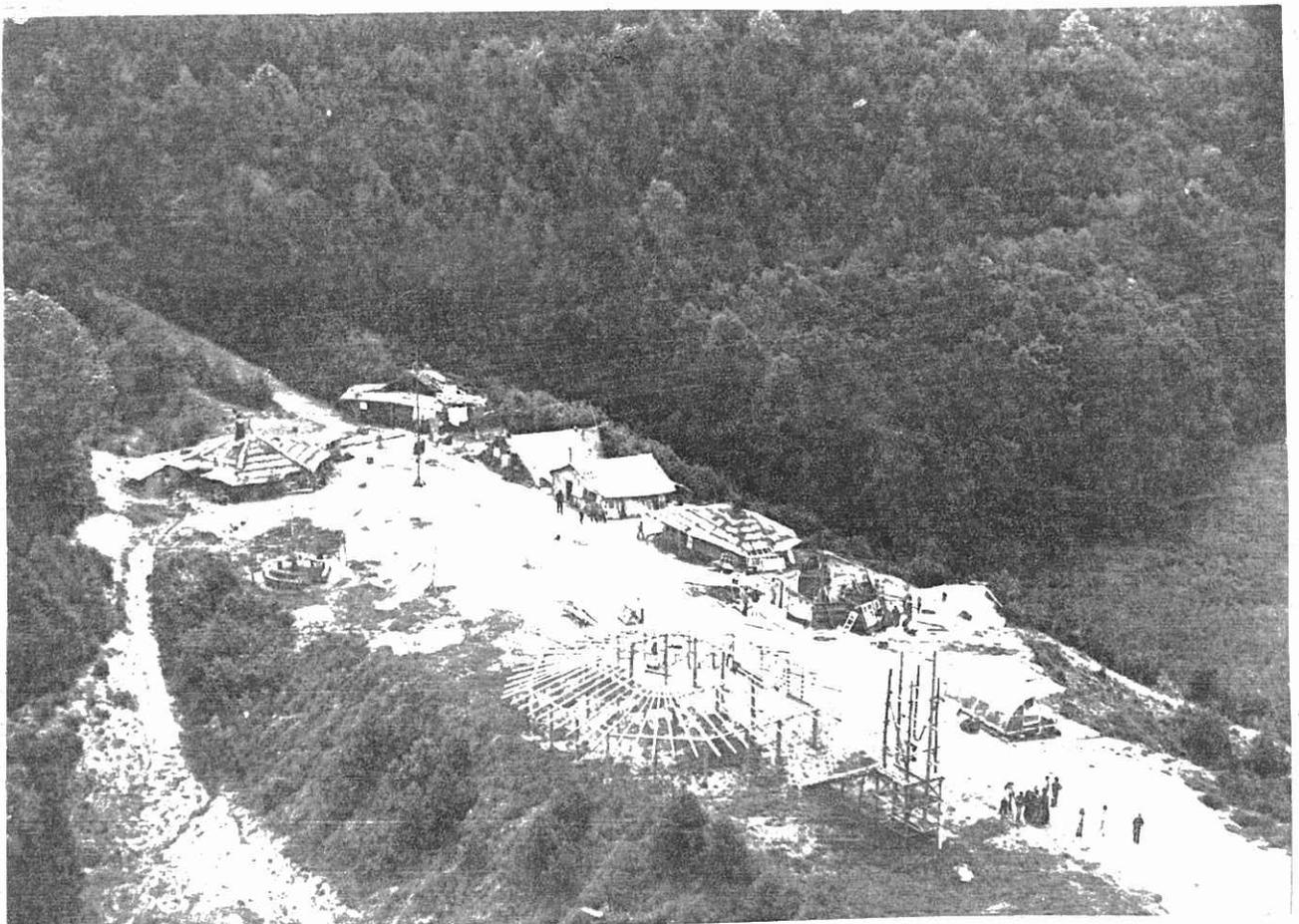


*Wolf-Dieter Hasler*

*DAS DORF AM DAMM*

*und*

*DIE NEUE B 8*



Paul-Ehrlich-Schule

6230 Frankfurt 80

Jahresarbeit im Fach Deutsch

zum Thema

D A S    D O R F    A M    D A M M

u n d

D I E    N E U E    B    8

vorgelegt von

Wolf - Dieter Hasler

FOS 12 B 2

Kelkheim, März 1982

## INHALT

1. VORWORT	3
2. WIE KAM ES ZUM BAU DER HÜTTEN AUF DEM DAMM ?	4
2.1. Planung des Neubaus der B 8	4
2.2. Auswirkungen der neuen B 8 - pro und contra -	6
2.3. Alternativen zur geplanten Westumgehung	9
2.4. Was meinen die Anlieger der alten B 8 ?	11
3. DIE DAMMBESETZUNG	12
3.1. Das Dorf entsteht	12
3.1.1. Die erste Hütte	12
3.1.2. Reaktionen der Behörden	13
3.1.3. Wie stehen die Bürger der umliegenden Gemeinden zur Dammbesetzung ?	16
3.2. Alltag auf dem Damm	17
3.2.1. Technische Entwicklung	17
3.2.2. Kulturelles	19
3.2.3. Internes im Dorfleben	20
3.2.4. Sonstige Ereignisse	21
3.3. Die Räumung	23
3.3.1. Bagger am Morgen ...	23
3.3.2. Reaktionen auf die Räumung	25
4. WAS HAT DIE DAMMBESETZUNG ERREICHT ?	28
5. NACHWORT	29
6. CHRONIK	30
7. QUELLENNACHWEIS	31
7.1. Literatur	31
7.2. Bildnachweis	31
7.3. Zitate	32

## 1. VORWORT

Auf der Suche nach einem Thema für die Jahresarbeit im Fach Deutsch an der Paul-Ehrlich-Schule in Frankfurt-Höchst im Herbst 1981 erwachte mein Interesse an dem ehemaligen Dorf am Damm wieder. Ich kannte es nur von 3 Besuchen, die sich auf den Info-Stand beschränkten, und durch die Diskussionen, die damals durch die Zeitungen gingen.

Beim näheren Überlegen wurde mir dann aber klar, wie schwierig es sein würde, mit einem sehr geringen Vorwissen und keinen Kontakten zu Beteiligten sich das notwendige Material zu beschaffen, zumal bislang keinerlei Zusammenfassung oder Übersicht über dieses Thema existierte.

Nach einigem Suchen konnte ich mich an den ehemaligen Sprecher der Dammbesetzer, Albrecht Kündiger, wenden, der an einer Zusammenfassung interessiert war und mir zunächst 2 prallvolle, unsortierte Ordner zur Verfügung stellte. Der dritte Ordner, der als Beweismaterial für einen Prozeß um die Dammräumung benötigt wurde, war bei einem Frankfurter Rechtsanwalt für einige Zeit verschwunden und tauchte erst im Februar diesen Jahres wieder auf.

Neben einer Schublade mit Fotos erhielt ich noch mündliche Informationen über das Dorf, womit ich noch einige Lücken schließen konnte.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Albrecht Kündiger für die Bereitstellung der Unterlagen bedanken, wodurch mir diese Ausarbeitung erst ermöglicht worden ist.

Wolf-Dieter Hasler

Kelkheim, im März 1982

## 2. WIE KAM ES ZUM BAU DER HÜTTEN AUF DEM DAMM ?

### 2.1. Planung des Neubaus der B 8

Bereits 1959 reiste eine Königsteiner Delegation nach Bonn, um für eine Westumgehung zu werben mit der Begründung, daß Königstein infolge der regelmäßigen Staus Gefahr läuft, seine Stellung als heilklimatischer Luftkurort zu verlieren.

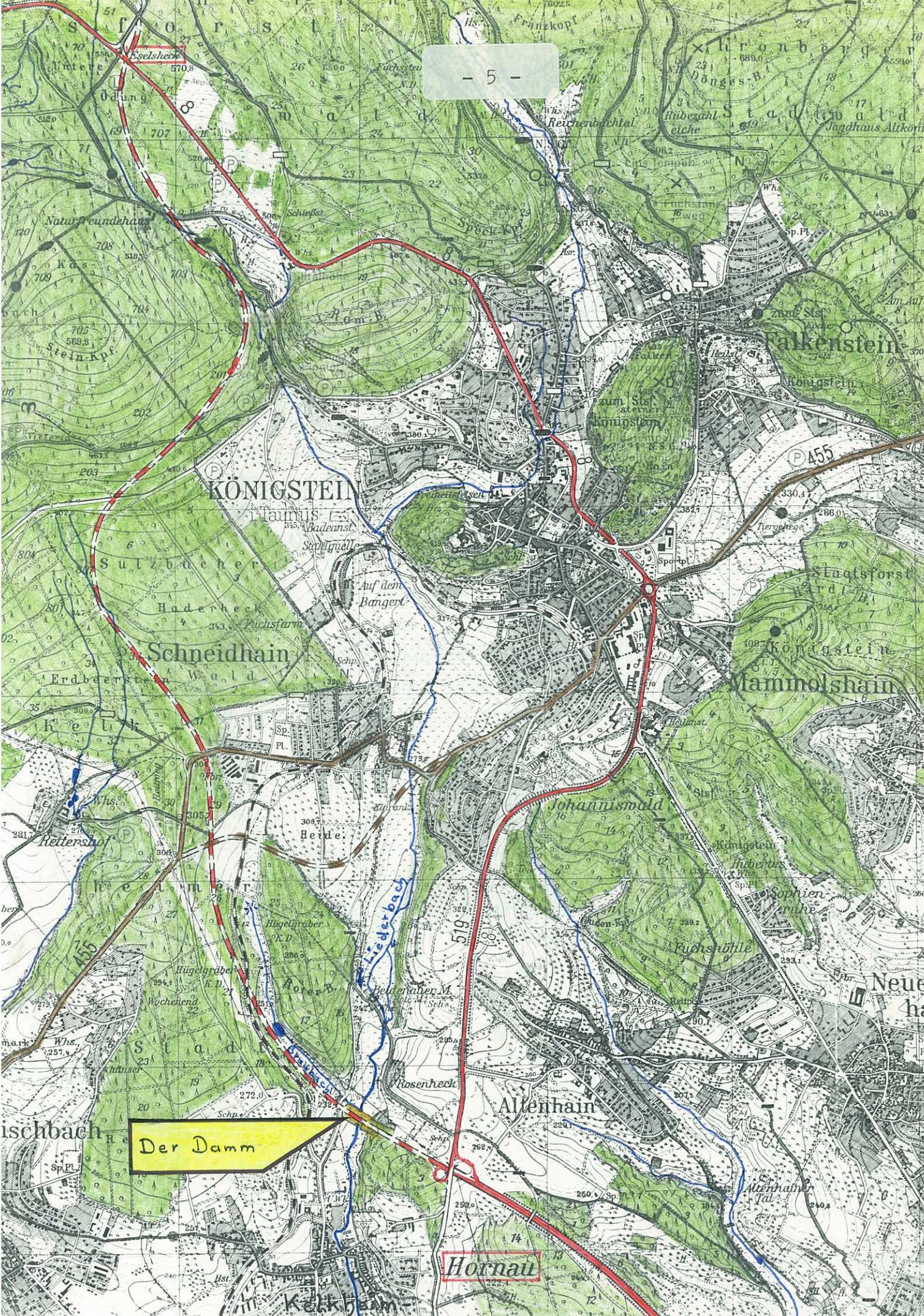
Ursprünglich war die neue B 8 vom Bund 3-spurig geplant worden, auf Betreiben verschiedener Bürgermeister der umliegenden Gemeinden wurde sie aber dann auf 4 Spuren vergrößert. Mit Widerstand wurde damals nicht gerechnet, deshalb wurde die Verkehrsplanung aller umliegenden Gemeinden auf die Weiterführung der B 8 ausgerichtet, wodurch sich nun weitere Sachzwänge ergeben. Im Vorgriff auf die Straßenbaumaßnahmen wurde bereits vor 10 Jahren an der Anschlußstelle bei Kelkheim-Hornau ein 20m breiter, 12m hoher und 350m langer Damm quer durch das Liederbachtal aufgeschüttet.

In dem 20-seitigen Umweltgutachten des Hessischen Straßenbauamtes vom Oktober 1978 wird ausführlich der Verlauf der geplanten Trasse geschildert:

"Von der Anschlußstelle Kelkheim-Hornau soll die geplante B 8 auf dem bereits aufgeschütteten Damm das Liederbachtal durchqueren und durch das Braubachtal parallel zum Bach ca. 600m auf einem Damm verlaufen. Nach 1,5 km überfährt die Trasse die Eisenbahnlinie und erreicht ein Waldgebiet, wo sich ein wertvoller Alteichenbestand befindet. Zwischen Bau-km 2,2 und 2,5 liegt eine landwirtschaftlich genutzte Freifläche, bevor die Trasse von km 2,5 bis zum Ausbauende bei km 7,5 ( Eselsheck ) ein geschlossenes Waldgebiet durchquert, wobei bei km 3,9 und 4,5 noch die Anschlußstellen zur B 455 liegen sollen." ①

Doch langsam regte sich Protest gegen das geplante Projekt. 1977 startete die Bürgerinitiative Umweltschutz Königstein die erste Flugblattaktion. Zu diesem Zeitpunkt war der Baubeginn für Mitte 1979 angesetzt.

Im Mai 1979 meinte der Baudirektor im Wiesbadener Ministerium für Wirtschaft und Technik, daß die umstrittene Westumgehung Königstein entweder 4-spurig gebaut oder durch Verzögerungstaktiken in Form von Gerichtsverfahren hinausgezögert und so möglicherweise verhindert wird. ②



Der Damm

Hornau

Maßstab 1:25.000 | 4 cm ≙ 1 km | Verlauf der B8 : - - - - | Verlauf der B455 : ————

Die Gegner der B 8, darunter die Bürgerinitiativen Umweltschutz aus Königstein und Kelkheim sowie eine Gruppe engagierter Leute eines Schneidhainer Fußballvereines schlossen sich zur "Aktion gewaltloser Widerstand gegen den Ausbau der B 8" zusammen, die sich auch als ökologische Vereinigung versteht, die auf die Probleme des Straßenbaus insgesamt aufmerksam machen will. Sie versuchte mit Flugblättern, Einsprüchen und Protesten das Projekt zu verhindern.

Für die Aktion ist der 3. Bauabschnitt der B 8 von Kelkheim-Hornau bis zum Eselsheck nicht zuletzt ein weiteres Stück zur Taunusautobahn von Frankfurt-Höchst bis Camberg als Abkürzung der Wiesbadener und Kölner Autobahn. Die Pläne für den weiteren Ausbau bis zum Autobahnanschluß Camberg - dem 4. Bauabschnitt - sind nach Ansicht der Aktion bereits fertig.

In einer Stellungnahme zu den 155 Einsprüchen gegen die B 8 meinte das Straßenbauamt: "Ein 4-spuriger, autobahnähnlicher Weiterbau der B 8 in nördlicher Richtung ist nicht vorgesehen ... dies schließt jedoch nicht aus, daß für die Gemeinden Esch und Glashütten zur gegebenen Zeit Umgehungsstraßen gebaut werden müssen. Für die Umgehung Esch läuft ein Planfeststellungsverfahren und für Glashütten wird ebenso eine Umgehung gefordert." (3)

## 2.2. Auswirkungen der neuen B 8 - pro und contra

Der mit dem Neubau verbundene Waldverlust umfaßt 30 000 Bäume und beansprucht 64 ha, davon 19 ha asphaltiert. Die Restfläche soll laut Straßenbauamt mit 200 000 Setzlingen "begrünt" werden. Der Königsteiner Magistrat ist hierzu der Ansicht, daß die fast 7-fachen Ersatzpflanzungen langfristig sogar zu einer ökologischen Verbesserung des Gesamtraumes beitragen würden. Wenn man allerdings berücksichtigt, welcher Art diese Ersatzpflanzungen sind, muß dies ernsthaft bezweifelt werden. "...denn es ist ein Fehlschluß zu glauben, man könnte die Abholzung eines in 80 - 150 Jahren gewachsenen Waldgefüges durch die Pflanzung von fuß- bis mannshoher Sträucher auch nur annähernd ersetzen." (Forstleiter Königstein) (4)

Über die ökologische Bedeutung des betroffenen Gebietes besagt das Umweltgutachten des Hessischen Straßenbauamtes (welches beim Bau der B 8 federführend ist!) folgendes: (5)

"Bioklimatisch sind die Wälder des Vordertaunus von großer Bedeutung, ... kühle, frische und saubere Luft kann ... in das Taunusvorland und in die Ortschaften abstreifen. Diese Frischluftzufuhr ... findet überwiegend durch die Täler statt wie z.B. das durch die B 8 betroffene Braubach- und Liederbachtal. Wasserwirtschaftlich von Bedeutung ist vor allem der Bereich des Grundwasserstollens sowie das Waldgebiet westlich des Liederbachtals mit dem Braubachtal und seinen Wassergewinnungsanlagen. Im übrigen liegt der gesamte Planungsbereich in wasserschutzwürdigem Gelände.

(Es) steht außer Zweifel, daß das betroffene Waldgebiet ... von besonderem bioökologischem Wert ist." ①

Trotzdem empfiehlt das Gutachten, das anfallende Niederschlagswasser nicht in eine Kanalisation abzuleiten, sondern an Ort und Stelle versickern zu lassen. Auf die Verschmutzung dieses Wassers durch Öl, Reifenabrieb, Blei und Salz wird nicht näher eingegangen.

Wegen der stark eingeschränkten Frischluftzufuhr in das Taunusvorland bis nach Frankfurt hat die Stadt Kelkheim Einspruch erhoben gegen den bereits bestehenden Damm und plädiert für ein Brückenbauwerk.

Die für die beiden vorgesehenen Anschlußstellen zur B 455 und L 3369 beanspruchten Flächen gehen besonders an der L 3369 voll zu Lasten des Waldes.

Auch die Erholungsfunktion des betroffenen Waldgebietes wird entscheidend beeinträchtigt. Allein durch die Lärmausbreitung wird eine mehr als 10-fach größere Waldfläche als die nur für den Bau der Straße benötigte Fläche, also etwa 700 ha, für die Naherholung entwertet, was eine weitere Reduzierung der Naherholungsgebiete besonders für die Frankfurter Bevölkerung zur Folge hat.

Für den Königsteiner Magistrat sind die Waldinanspruchnahme und die Eingriffe in die Natur mit der "besonderen geographischen Lage der Stadt" begründet. Die Primärfragen umweltschützender Maßnahmen wie Wasserführung, Wasserhaltung, Aufforstungen etc. seien den Erfordernissen entsprechend geklärt. ⑥

Der für Königstein zuständige, christdemokratische Wahlkreisabgeordnete betonte, daß die betroffenen Waldgebiete am Rande und nicht im Zentrum der Erholungs- und Naturschutzgebiete

lägen. Die derzeitige Lärm- und Schmutzbelästigung durch die alte B 8 wiege für die Königsteiner Anwohner schwerer. (7)

Weshalb soll die Westumgehung bei solchen Auswirkungen denn überhaupt gebaut werden?

Aus verkehrstechnischer und verkehrsplanerischer Sicht soll erreicht werden:

- a) eine Entlastung des innerstädtischen Verkehrs in Königstein,
- b) eine Beseitigung der täglichen Staus jeweils frühmorgens und spät nachmittags im Berufsverkehr,
- c) eine Beseitigung der Staus an den Wochenenden mit starkem Ausflugsverkehr.

Über den verkehrsentlastenden Aspekt der Westumgehung bestehen widersprüchliche Meinungen.

Die Straßenbauverwaltung gibt die durch die Westumgehung auftretenden Belastungsminderungen für 3 innerörtliche Schwerpunkte mit 25%, 44% und 58% an. Diese maximale Entlastung würde aber den Lärmpegel an der alten B 8 nur wenig herabsetzen, was auch von amtlicher Seite bestätigt wurde. Ein im Januar 1981 veröffentlichtes Gutachten der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie spricht von einer Lärmmin- (3)  
derung auf lediglich 90% an der bisherigen Durchfahrtsstraße, dafür aber würden große Teile Schneidhains, Königsteins und der Naherholungsgebiete mit einem Lärmteppich überzogen werden. (8)

Auch wurde hier die Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers im Trinkwasserschutzgebiet bestätigt.

"Wenn der Taunus seine so oft zitierte Naherholungsfunktion erhalten soll," so heißt es in einem Leserbrief aus Königstein, "so muß auch dafür gesorgt werden, daß der erholungssuchende Frankfurter schnell und ohne Stau an seinen Erholungsort gelangen kann und nicht bei schönem Wetter in Staus von Königstein bis zum Feldberg in den Abgasen seines Vordermannes erstickt. Viel wichtiger ist es jedoch, daß der im Hintertaunus wohnende Arbeitnehmer auf seiner täglichen Fahrt zur Arbeitsstätte diese ohne Streß, der sich durch das Nadelöhr Königstein ergibt, erreicht." (9)  
Dies ist im Falle der Betroffenen einleuchtend und verständlich. Unverständlich ist jedoch, warum sich der Erholungssuchende immer wieder zum Feldberg begibt, obwohl ihn auf dem Weg dorthin als auch auf dem Feldberg selbst keine Erholung erwartet.

Es gibt viele Zufahrten zum Taunus ( auch S-Bahnen ), wo sehr viel weniger Verkehr ist und wo man sich im Wald dann auch erholen kann, mit der Konsequenz, daß das Fahrzeugaufkommen in Königstein und am Feldberg geringer werden würde.

Zum anderen würde die Westumgehung sicher andere Pendler dazu animieren, von öffentlichen Verkehrsmitteln wieder auf das Kraftfahrzeug umzusteigen, was eine Verlagerung der Staus nach Frankfurt ( die dort bereits jetzt schon vorhanden sind! ) im Süden und nach Glashütten im Norden zur Folge hätte. Die daraus resultierenden Sachzwänge mit Forderungen nach weiteren Umgehungsstraßen wurden bereits erwähnt.

Es ist anzunehmen, daß mit dem Neubau der B 8 auch die Tendenz zur Siedlungserweiterung in den bevorzugten Erholungsräumen und der Ausflugsverkehr zunehmen würde. Aus raumplanerischer Sicht wäre das aber eine unerwünschte Entwicklung, da dies auch eine Verlagerung der Erholungsgebiete mit weiterem Straßenbau zur Folge hätte.

Hier werden auch die Probleme der Hintertaunusgemeinden deutlich: die Infrastruktur dieser ländlichen Gebiete mit unzureichendem Arbeitsplatz- und Nahverkehrsangebot läßt kaum eine Alternative zum Auto zu. Allerdings ist ein verbessertes Park-and-ride-System an den S-Bahnhöfen im Taunus dem Straßenbau vorzuziehen.

Diese wirtschaftlich-strukturell benachteiligten Gebiete profitieren allerdings von den Wochenendurlaubern durch Inanspruchnahme von Dienstleistungen, deren Zahl sich bei einem größeren Straßenangebot u.U. vergrößern wird.

In einer Zeit, in der die Eingliederung der z.Zt. noch privatbetriebenen Königsteiner Kleinbahn (Königstein-Kelkheim-Höchst) in den FVV mit diversen Verbesserungen gefordert wird, muß auch bedacht werden, daß es dem Verkehrskonzept der Bahn widerspricht, Strecken auszubauen, zu denen eine Parallelautobahn besteht. Eine solche würde aber mit der neuen B 8 entstehen.

### 2.3. Alternativen zur geplanten Westumgehung

Alternativen zur neuen B 8 wurden bereits angeboten, als deren Planung noch nicht im öffentlichen Bewußtsein verankert war. Bereits 1977 machte die Kelkheimer SPD den Vorschlag, die Trasse weiter westlich zu verlegen, um wenigstens das Braubachtal zu

erhalten. Dem standen allerdings 7,3 Mio DM Mehrkosten und eine Verzögerung in der Planung um 3-4 Jahre gegenüber; außerdem wird der Wald stärker in Mitleidenschaft gezogen. Denselben Vorschlag enthält auch das Umweltgutachten des Hessischen Straßenbauamtes, welches anführt, wie die "negativen Auswirkungen des Neubaus der B 8 gemindert werden können". Es empfiehlt die Verlegung der Trasse um 80 m nach Westen und mit einem Brückenbauwerk (anstelle des Dammes) das Liederbachtal und die Eisenbahn zu überführen, um " das Braubachtal in seiner jetzigen Form weitgehend zu erhalten". Das dadurch betroffene Waldgebiet ist "bei weitem nicht von so großer ökologischer Bedeutung wie dies für den Bereich Braubachtal zutrifft". Eine Brücke anstelle des Dammes fordern auch die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und der Kelkheimer Magistrat, der dagegen bereits Einspruch erhoben hatte. Mittlerweile würde dieses 350 m lange Brückenbauwerk Mehrkosten in Höhe von 16 Mio DM verursachen.

Man kann sicher eine Brücke planen, die sich ausgezeichnet in die Landschaft einfügt, wie zahlreiche Eisenbahn- und Autobahnbrücken in der Rhön und im Spessart beweisen. Kelkheim und das Taunusvorland behielte seine Frischluftzufuhr aus dem Taunus ( sog. Taunusfallwinde) und die Landschaft würde nicht so in Mitleidenschaft gezogen werden.

Andere Vorschläge, die die Verminderung der negativen Auswirkungen des geplanten Projekts zum Ziel haben, sind die Verlegung der Anschlußstellen der kreuzenden Straßen auf nahegelegene, ertragschwache Äcker sowie eine Reduzierung der Straßenbreite. Hier scheiden sich wieder die Geister: die regionale SPD plädiert für 2 Spuren, an Steigungen 3, die FDP ist weder pro noch contra, während die CDU und die "Interessenvertretung für den Bau der neuen B 8" eindeutig für 4 Spuren sind. Die Polizeibehörden und die Verkehrsplaner sind allerdings gegen einen 2-spurigen Ausbau, da dies wiederum zu Stauungen führen würde und aufgrund der starken Gefällstrecke ein Unfallschwerpunkt ähnlich der Saalburgchaussee vorprogrammiert wäre.

Doch geht es nicht ohne die Westumgehung?

Mit dem Geld, das dafür ausgegeben werden müßte, könnten 50 000 Menschen 1 Jahr lang von Königstein nach Höchst fahren.

Folgende Alternativen könnten die neue B 8 überflüssig machen:

- kreuzungsfreie Nord-Süd-Durchfahrt durch das Stadtgebiet von Königstein
- Ausbau des S-Bahnnetzes
- Tunnellösungen

Auf der alten B 8-Trasse blockieren 3 Ampeln und der Kreisel den Durchgangsverkehr und sind wesentliche Ursachen für Staus im Berufsverkehr und an den Wochenenden.

Abhilfe wäre hier durch den Bau von Fußgängerbrücken (vorwiegend für Schulkinder), einer Über- oder Unterführung des Kreisels in Nord-Süd-Richtung sowie durch Einrichten einer grünen Welle zu schaffen.

Durch Anschließen von Königstein, Glashütten und anderen Orten des Hintertaunus an das Frankfurter S-Bahn-Netz wird das öffentliche Nahverkehrsangebot wieder attraktiv.

Außerdem befinden sich 2 Tunnellösungen in der Diskussion:

Die sogenannte "kleine Lösung" sieht eine partielle Unterführung der B 8 im Königsteiner Stadtgebiet vor. Das Hessische Straßenbauamt weist diesen Vorschlag mit der Begründung ab, es würde an Flächen für die Verbindungsrampen fehlen, außerdem müßte der Kreisel während der Baumaßnahmen für Jahre gesperrt werden. Auch bei einem abschnittswisen Tunnelbau würde allein die Verkehrsführung erhebliche technische Schwierigkeiten bereiten.

Die "große Lösung" beruht auf einem Vorschlag der Königsteiner Forstbehörde und beinhaltet eine Untertunnelung östlich der alten B 8 auf einer Länge von 2,8 km und 20 m Tiefe. Die Kosten beziffert das Straßenbauamt wegen des "bergmännischen Arbeitens" mit 110 Mio DM, das sind mehr als das 3-fache der Kosten für die Westumgehung. Außerdem sind hier angesichts der Energieressourcen steigende Betriebskosten sowie große Abgas- und Lärmimmissionen an den Luftschächten und Ausfahrten als weitere Nachteile anzuführen. ③

#### 2.4. Was meinen die Anlieger der alten B 8 ?

Eine Umfrage des "Arbeitskreises zur Verkehrssituation in Königstein" unter den 900 Anwohnern der B 8 ergab, daß die Hälfte sich stark belästigt fühlt, vorwiegend durch Lärm, Abgase, Erschütterungen, Schmutz und Gefahr für die Kinder. Auch dies vor- ⑩

wiegend an sonnigen Wochenenden und im Spitzenverkehr. Allerdings wurde keiner der Anwohner von der Stadt über Schutzmaßnahmen und öffentliche Zuschüsse unterrichtet. Von den 25%, die sich nicht belästigt fühlen, sind die Hälfte der Wohnungen lärmgeschützt. Die in den letzten Jahren dort neu errichteten Wohnungen wurden, obwohl diese Probleme bekannt waren, derart billig gebaut, daß sich ihre Bewohner trotz Thermopenfenster weitaus stärker belästigt fühlen als die Bewohner massiver Altbauten.

Ca. 20% halten die Westumgehung für vermeidbar bis unnötig, wenn Lärmschutz, besserer öffentlicher Nahverkehr oder ein kreuzungsfreier B 8-Verlauf einzeln oder kombiniert verwirklicht würde ( die Hälfte dieser 20% fühlt sich stark oder sehr stark belästigt!).

Addiert man das Viertel derjenigen hinzu, die sich nicht belästigt fühlen, so halten ca. 40% der Anlieger die neue B 8 für vermeidbar, wenn andere Abhilfen geschaffen werden.

Bei dieser Befragung zeigte es sich, daß die Anwohner wenig über die neue B 8 und ihre Auswirkungen und noch viel weniger über mögliche Alternativen informiert waren.

Bei diesem Straßenbauprojekt wird ein weiteres Mal entschieden, in welcher Form wir mit dem Auto zu leben haben. Mit Autobahnen, die nach großzügigem Ausbau gewährleisten, daß der Verkehr auf Kosten der Natur ungehindert fließen kann, oder mit Verkehr, der sich durch Wohngebiete wälzt, mit Rücksicht auf die noch halbwegs intakte Natur.

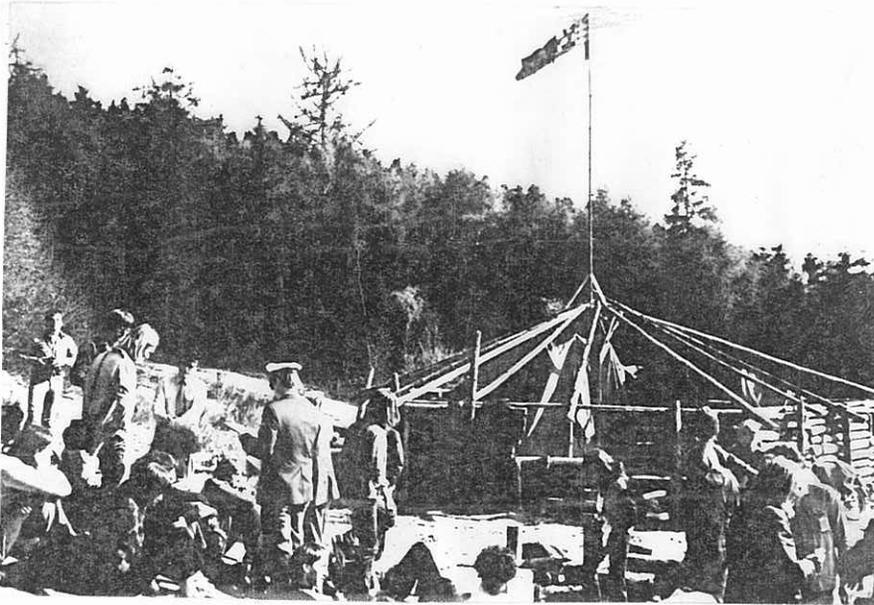
### 3. DIE DAMMBESETZUNG

#### 3.1. Das Dorf entsteht

##### 3.1.1. Die erste Hütte

Nach einem mehr als 2-jährigen Engagement gegen die B 8 entschloß sich eine Gruppe von Jugendlichen aus den umliegenden Gemeinden zur Eigeninitiative. Sie errichteten am 5. Mai 1979 eine Rundhütte aus Holzstämmen, die beim Waldeinschlag in Zusammenhang mit dem Trassenbau angefallen sind - pikanterweise auf dem zum Bau der B 8 schon aufgeschütteten Damm bei Kelkheim-Hornau.

Diese Aktion hatte zum Ziel, die Öffentlichkeit auf das geplante



Projekt aufmerksam zu machen und anhand einer Schautafel Spaziergänger und Wanderer über die neue B 8 zu informieren. Sie sollte solange fortgesetzt werden, bis die verantwortlichen Politiker erklären, daß die Straße nicht gebaut werden würde.

### 3.1.2. Reaktionen der Behörden

Da das Gelände, um das es ging, 30 m vom Dienstbereich der Kelkheimer Polizei entfernt war und somit in die Kompetenz der Eschborner Polizei fiel, waren 2 Tage Dienstweg nötig, bis die Polizei am 7. Mai einschritt. Sie nahm die Personalien der anwesenden Personen auf, ohne einen Verantwortlichen ermitteln zu können und gab die Sache weiter an das Landratsamt nach Höchst. Der Kreis Ausschuß leitete daraufhin gegen die angetroffenen Personen mehrere Ermittlungsverfahren ein wegen Errichtens einer Blockhütte und Aufstellens von Plakaten im Landschaftsschutzgebiet, sowie Anzünden eines Feuers in der Nähe des Waldes und Zeltens ohne sanitäre Anlagen, ferner wegen Entwendung von Holzstämmen, die Eigentum der Stadt Bad Soden seien. Gleichzeitig wurden hohe Bußgeldbescheide verhängt. Gegen eine der Personen, die in einem früheren Flugblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Königstein als presserechtlich verantwortlich genannt worden war, wurde ein Zwangsgeld in Höhe von 2000 DM festgesetzt. Sowohl er als auch die BI bestritten, die Hütte gebaut zu haben. Ein Jahr später, am 5. Mai 1980, mußte das Amtsgericht Frankfurt schließlich das Verfahren einstellen.

Als die Behörde den Diebstahl des zum Bau der Hütten verwendeten Holzes zur Strafsache erklärte, wurden auf Vermittlung des Kelkheimer Försters diese 6 Raummeter am 11. Juni 1979 bezahlt; Eigentümer war eine große Papierfabrik. Im August und Oktober 1979

stellte das Landgericht Frankfurt die Verfahren wegen gemeinschaftlichen Diebstahls schließlich ein mit der Begründung, die Schuld der Täter sei gering und sie haben nicht aus eigennützi- gen Interessen gehandelt.

Auch wegen Parkens im Landschaftschutzgebiet mußten sich die Dammbesetzer verantworten, obwohl dieser Platz, an dem sie ihre Autos abstellten, seit Jahren für Spaziergänger als Parkplatz dient und im Kelkheimer Stadtplan als solcher ausgewiesen war. Nach Ansicht der 'Aktion gewaltloser Widerstand gegen die neue B 8' wurde nur an Werktagen und nur solche Fahrzeuge notiert, an denen der grüne "B 8 - NEIN DANKE"-Aufkleber angebracht war. Eine bis dahin unbeteiligte Kelkheimer Bürgerin ging an die Öffentlichkeit, als sie sich gegen eine solche Anzeige beschwer- te, weil sie dort schon seit Jahren mit ihrem Hund spazieren ginge, und ihr bei der Polizei erklärt wurde, sie solle dies auf die Anzeige schreiben, dann wäre der Fall erledigt, es ginge nur um die Dammbesetzer.

Bis September waren bereits über 60 Ermittlungs- und Bußgeldver- fahren anhängig mit einer Gesamtsumme von mehreren tausend Mark. Die häufigen Polizeibesuche mit Ausweiskontrollen aller Anwesen- den am Damm diente dazu, weitere Personalien von Bewohnern, manch- mal sogar von Spaziergängern, die sich dort aufhielten, aufzu- nehmen, um die ausliegenden Unterschriftenlisten zu fotografieren und wohl auch, so ein Dammbesetzer, "um uns durch die Allgegen- wärtigkeit des Staates einzuschüchtern." (11)

Innenminister Gries meinte dazu, es befänden sich weder Fotos noch Personalien von Unbeteiligten in den Akten; die fotografier- ten Unterschriften seien unleserlich. (11)

Diese Vorgehen der Behörden, die Aktion zu kriminalisieren und die Besetzer mit hohen Geldstrafen mundtot zu machen, wurde u.a. auch von der Kelkheimer (mittlerweile Bundestags- ) FDP-Abgeord- neten Engel kritisiert. Sie schrieb: "Es besteht die Gefahr, daß durch dieses Verhalten nicht nur Antipathien gegen die Polizei bei breiten Bevölkerungsschichten hervorgerufen werden könnten, sondern Bürger auch abgeschreckt werden können, künftig in demo- kratischer Weise ihre Grundrechte wahr zu nehmen und ihre Meinung frei zu äußern." (12)

Nach der Einstellung des ersten Gerichtsprozesses im Februar 1980

("die Natur ist bereits durch den Damm gestört!") endete der 2. Prozeß Anfang März 1980 vor dem Frankfurter Landgericht gegen den Sprecher der "Aktion gewaltloser Widerstand" A. Kündiger mit einem aufsehenerregenden Freispruch, für den sogar der Staatsanwalt plädierte: es sei geradezu absurd, daß die Umweltschutzbehörde (als Kläger!) den Ökodörflern auf den Leib rückt, während die Straßenbauverwaltung ungehindert den Damm bauen durfte, der selbst eine Verschandelung der Natur sei. Der Richter begründete den Freispruch, daß der Damm, auf dem die Hütten gebaut wurden (Punkt der Anklage), nicht mehr dem Landschaftsschutzgebiet zuzurechnen sei und somit die Landschaftsschutzverordnung auf den Damm nicht mehr anwendbar ist.

Die restlichen 8 Prozesse wurden Anfang Mai 1980 ohne Angabe von Gründen auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

Somit waren nach einem Jahr fast alle der über 100 Verfahren eingestellt oder die Anzeigen zurückgezogen worden. Auch ein Erzwingungshaftantrag gegen den Sprecher der Dammbesetzer wurde wieder zurückgenommen.

Die Polizeibesuche am Damm wurden in der kalten Jahreszeit dann ganz eingestellt, im Frühjahr und Sommer wurden sie dann wieder häufiger, zum Teil kamen die Beamten, ganz alternativ, auf Pferden. Die Kontrollen fanden vorwiegend an Sonntagnachmittagen statt, wenn besonders viele Spaziergänger anwesend waren. Einmal kündigten die Beamten eine Diebstahlsanzeige an, als sie an der Rundhütte ein Stück Holz entdeckten, das angeblich eine Woche zuvor gestohlen worden war. Die Hütte wurde aber bereits vor einem Jahr gebaut. Da auch die Glasscheiben des Gewächshauses aus diesem Diebstahl stammen sollten, verlangte die Polizei Namen und Adressen der Personen, die in der letzten Zeit Material gespendet hatten. Die Weigerung kommentierte Albrecht Kündiger mit den Worten: "Wir können auch nicht nachweisen, woher das Mehl stammt, aus dem die von Spaziergängern mitgebrachten Kuchen gebacken sind". Er wertete diese Vorgänge als Einschüchterungsversuche.

Kann sich kein Bürger mehr friedlich für eine Sache engagieren, ohne gleich befürchten zu müssen, daß sein Name registriert wird? Das Grundgesetz fordert den mündigen und engagierten Bürger. Die Reaktion der Behörden lassen jedoch vermuten, daß diese Tugenden gar nicht immer erwünscht sind.

### 3.1.3. Wie stehen die Bürger der umliegenden Gemeinden zur Dammbesetzung?

Wenn auch die Meinungen der umliegenden Bevölkerung geteilt waren, so zeigten doch vor allem auch Kelkheimer Bürger viel Verständnis für die jungen Leute. Sie wurden mit Baumaterial, Decken, Matratzen und Lebensmitteln versorgt, sogar 2 alte Herde kamen an den Damm. Auf das später eingerichtete Konto gingen zahlreiche Geldspenden ein. Die Spaziergänger brachten Kuchen und Plätzchen vorbei. Besonders an Sonn- und Feiertagen herrschte "Am Damm", wie ein Straßenschild auswies, lebhaftes Treiben. Spaziergänger, die meist nicht so recht wußten, um was es eigentlich ging, erfuhren an dem Info-Stand sehr ausführlich von dem Projekt. Die ausliegenden Unterschriftenlisten bestätigten den Erfolg: nach 2 Monaten 3500 Unterschriften, nach einem Jahr bereits über 10000.

Die Leserbriefe in den Zeitungen reflektierten das breite Spektrum der Ansichten. So berichtete ein sympathisierender Bürger in der Kelkheimer Zeitung von einer Selbstanzeige wegen Beihilfe (psychische Unterstützung und Sachspenden); ein anderer fragte, wie solche Aktionen wohl finanziert werden, etwa durch Ausbeutung der sozialen Leistungen, die von den im aktiven Berufsleben Stehenden erarbeitet werden. Auch der Ruf nach einer sofortigen Räumung wurde laut.

Im Oktober 1979 wurde die 'Aktion gewaltloser Widerstand gegen den Ausbau der B 8' von einem Steinbacher Bürger für den Theodor-Heuss-Preis vorgeschlagen, mit dem "Bürger mit Courage geehrt werden (Personen, Gruppen, Institutionen), die sich durch vorbildliches demokratisches Verhalten, bemerkenswerte Zivilcourage oder beispielhaften Einsatz für das Allgemeinwohl" ausgezeichnet haben. Der Vorschlag kam jedoch, so die Antwort, "nicht in die engere Wahl".

Der Besuch von politischen Parteien blieb einseitig. So besuchte lediglich der SPD-Bezirksvorstand des Umlandverbandes Frankfurt und der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten den Damm.

Der damalige hessische Minister für Wirtschaft und Technik, Karry, der als Symbolfigur für den Ausbau der B 8 galt, wartete allerdings im September 1980 mit einer Überraschung auf: auf einer FDP-Wahlversammlung in Falkenstein überreichte er den an-

wesenden Dammbesetzern einen 100-Markschein mit den Worten :  
"Kaufen Sie sich dafür Brennholz für den Winter!". Diese poli-  
tisch wertvollste Spende für die Dammbesetzer hat vor allem bei  
Befürwortern der B 8 Verwirrung und Unverständnis ausgelöst.

Die Unterstützung der Bürger, vorwiegend aus Kelkheim und Kö-  
nigstein, trug im wesentlichen dazu bei, daß die Dammbesetzung  
auch im Winter weitergeführt werden konnte.

### 3.2. Alltag auf dem Damm

#### 3.2.1. technische Entwicklungen

Der Kampf gegen die geplante B 8 war der Hauptgrund der Dammbesetzung, aber mit der Zeit erfüllte das Dorf auch die Funktion eines Kommunikationszentrums, dessen neue, alternative Form des Zusammenlebens vielleicht mehr Aufmerksamkeit erregte als das eigentliche Ziel der Aktion.

Im Laufe der Zeit entstanden weitere Hütten; so das "Hilton am Damm", erst ein Sommerschlafhaus, dann ein rustikaler Stall, in dem im Lauf der Zeit 30 Hasen, 11 Ziegen, Ponys, Gänse und 15 Hühner logierten.

Neben der großen Rundhütte standen das "Hexenhaus" als Schlaf-



raum, ein Werkraum, ein Gewächshaus mit über 50 verschiedenen Gemüsesorten und nach einem Jahr als 6. Blockhütte das "Colloseum" als Informationshütte.

Die Hütten waren aus Holz, mit Lehm und Stroh verstopft, die Eingänge mit schweren Decken verhängt, auch Wände und Boden waren mit Teppichen bedeckt gewesen. Dies ergab gute Wärmeeigenschaften und zugleich eine wohnliche Atmosphäre. Die Fenster waren aus Glas, im Dorfgemeinschaftshaus sogar fast vollständig doppelt verglast. Dort waren rund um das Haus Holzscheite aufgestapelt, um die Außenwände vor Witterungseinflüssen zu schützen. Im Innern gab es neben den Holzöfen auch aus Stein gemauerte, offene Feuerstellen, deren Abzüge lange Zeit Probleme bereiteten.

Die Sicherheit der Hütten wurde regelmäßig von der Bauaufsichtsbehörde untersucht. Wie stabil die Hütten waren, erwies sich bei einem dreifachen Gewitter im August '79 mit heftigen Sturmböen, als es außer einem weggeflogenen Dachteil keine Schäden gab. Das benötigte Wasser wurde zunächst aus dem unter dem Damm vorbeifließenden Liederbach geholt, später aus einer nahegelegenen Quelle und mittels eines Sonnenkollektors aufgeheizt, der von der Volkshochschule Frankfurt aufgestellt worden war.

Später wurde ein Windrad gebaut, mit dessen Hilfe das Wasser zum Dorf gepumpt werden sollte.

Die Toilette bestand aus einem Krankenstuhl über einer 3 m tiefen Grube im nahegelegenen Wald. Das Gesundheitsamt sollte gegen die Hygiene im Dorf keine Bedenken gehabt haben.

Die Verpflegung bezog man zum Teil aus dem Gewächshaus und von dem am Südhang des Damms gelegenen Terrassengarten; außerdem wurde ein verwildertes Feld und Obstbäume wieder bewirtschaftet, wobei die umliegenden Bauern beim Pflügen behilflich waren und Mist als Dünger spendeten.

Im Infohaus wurden außer Informationen über die B 8 auch die behördlichen Bescheide, Fotos und diverse Veranstaltungshinweise ausgehängt, und man hatte ein etwa 2 m<sup>2</sup> großes Modell aufgebaut, das den geplanten Verlauf der neuen B 8 zeigte.

Diejenigen Bewohner, die weder auswärts arbeiteten (es waren Berufe vom Koch bis zur Hebamme vertreten) noch studierten, versorgten die Tiere, legten Gärten an oder bauten weiter an den Hütten.

### 3.2.2. Kulturelles

Auch kulturell hatte der Damm den Bürgern einiges zu bieten. Schulklassen, Kindergärten und Gewerkschaftsgruppen nutzten ihn als Ausflugsziel, im Freilichttheater gastierten Gitarren-, Mandolin- und Flötenspieler und diverse Musikgruppen; Vorträge wurden von namhaften Referenten gehalten, vorzugsweise über alternative Themen. Diskussionsabende mit Bürgerinitiativen und Verbänden gehörten ebenso zum Kulturprogramm wie Trassenbegehungen mit interessierten Bürgern.

Das Dammfest zur einjährigen Besetzung im Mai 1980 fand reges Interesse; mit 3000 Besuchern hatte allerdings niemand gerechnet!



Das 4-tägige Fest umfaßte Informationsabende, Kinderspielnachmittage, verschiedene Musik- und Theatergruppen. Auch das Hessische Fernsehen war anwesend.

Im Herbst/Winter-Programm der im September 1980 gegründeten 'Volks-hochschule Liederbachtal' standen mehr als 20 Veranstaltungen, so z.B. Pilze sammeln mit Experten, Töpfern, Schachturnieren und

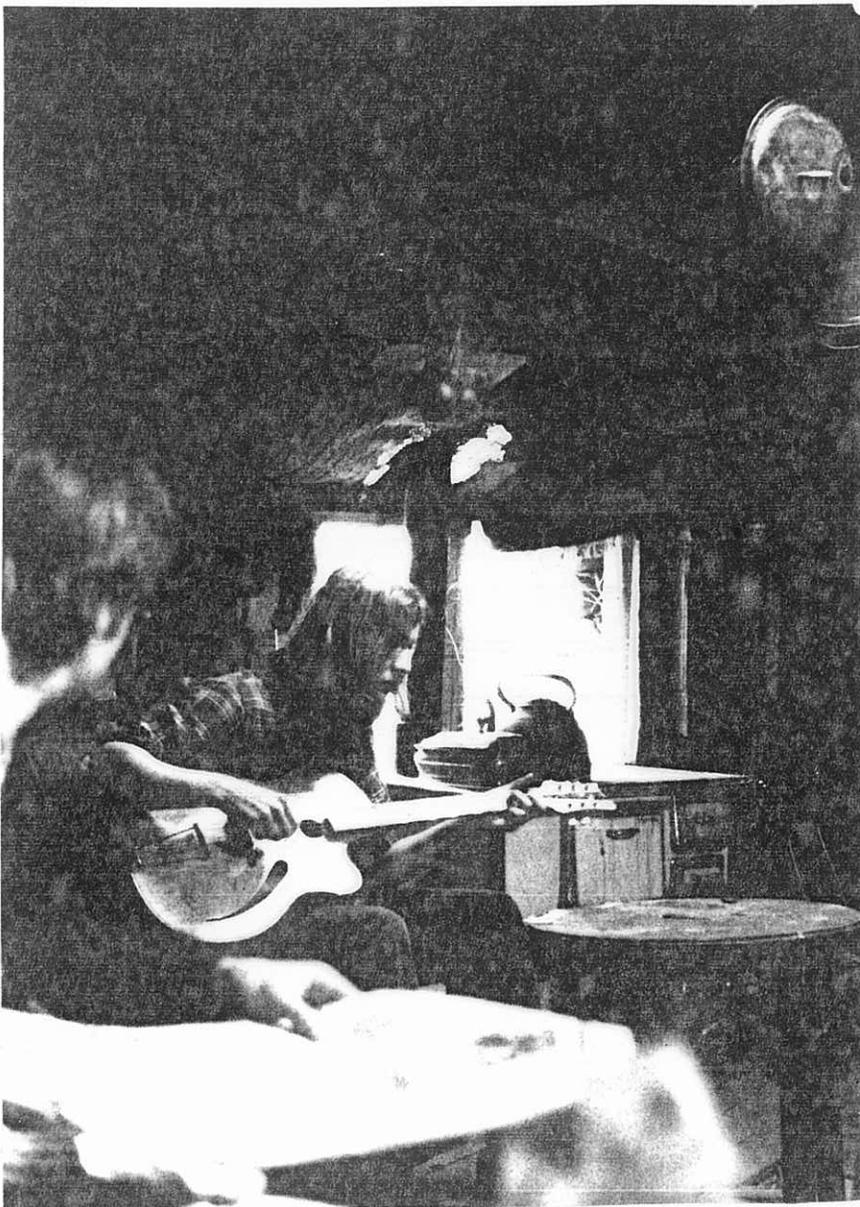
Vorträgen.

Ende November 1980 brachte die ZDF-Jugendsendung 'Direkt' einen Beitrag über das Dorf; außerdem drehte das Hessische Fernsehen über 6 Monate hinweg einen 45-minütigen Film vom Damm, der im Oktober 80 ausgestrahlt wurde.

Monatelang fahndete die Staatsanwaltschaft nach einem gewissen Kurt Jarinski, der als Verantwortlicher auf Flugblättern der Dammbesetzer zeichnete. Nach langwierigen Ermittlungen stießen die Fahnder schließlich auf den Verantwortlichen : einen Ziegenbock!

### 3.2.3. Internes im Dorfleben

Auch hinter den Kulissen hatten die Bewohner mit Schwierigkeiten



zu leben. Nach den anfänglich großen Erfolgen wich die Euphorie einer gewissen Nüchternheit. Einige der Kerntruppe verließen das Dorf nach der Urlaubszeit, andere präsentierten sich dann in der Öffentlichkeit als die "Dammbesetzer", wobei durch deren Auftreten die positive Einstellung der Bevölkerung zur Besetzung gefährdet wurde.

So bot der Damm auch vielen sozialen Randgruppen einen großen Freiraum, die in der Öffentlichkeit auf wenig Verständnis stießen.

Aber auch von anderer

Seite wurden die Besetzer kritisiert. So beklagte eine zeitweilige Mitbewohnerin in einem Leserbrief das "erschreckende Niveau des politischen Bewußtseins am Damm", ein anderer meint, daß "auf dem Damm eine Kommunikation mit Niveau leider nicht mehr anzutreffen sei". Den Besetzern ging es denn auch mehr um die Problematik der neuen B 8 und nicht um die Verwirklichung irgendeines politischen Konzeptes. (19)

Auch drohte von der ursprünglich großangelegten Aktion nur noch das sogenannte 'alternative Leben' übrigzubleiben. Der ständige Zwang zur Öffentlichkeitsarbeit und der Arbeitsplatz, wo man als ziviler Bürger erscheinen mußte, stellten einen Widerspruch zum Dorfleben dar, den viele nicht für vereinbar hielten. (19)

Auch die ursprüngliche Absicht, erst dann den Damm zu räumen, wenn die Behörden auf den Bau der B 8 verzichten würden, wurde immer mehr bezweifelt.

Dennoch hat der Selbstfindungsprozeß, den die Bewohner erfuhren, und der feste Kern der Besetzer die ganze Aktion zusammengehalten.

Man wollte keine neue Hierarchie aufbauen, wenngleich der Kern eine gewisse Funktion besaß. Jeder sollte finanziell auf eigenen Füßen stehen; für das Frühstück gab man 2 DM, für das Abendessen 3 DM. Es wurde zwar oft gestundet, aber von Zeit zu Zeit mußte man arbeiten gehen, wenn man keine sonstigen Einkünfte hatte. Spenden wurden nur für die Sache selbst verwendet.

Nach dem Abendessen wurde in einem Plenum die anfallende Arbeit eingeteilt und besprochen, was am nächsten Tag gemacht werden sollte (einkaufen, putzen, kochen, Wasser holen, Öffentlichkeitsarbeit u.s.w. ).

Der Damm erfüllte auch eine Funktion als Jugend- und Kommunikationszentrum. Man erfuhr neue Lebensformen, lernte ständig andere Leute mit neuen Ideen und Erfahrungen kennen, viele bekamen eine neue Einstellung zum Leben.

#### 3.2.4. Sonstige Ereignisse

Selbst vor gewaltsamen Ereignissen blieben die Leute auf dem Damm nicht verschont. Im Februar 1981 wurde das Dorf in der Dunkelheit von ca. 15 Personen mit Schlagstöcken und Würgeisen überfallen; sie konnten aber rasch mit Hunden in die Flucht geschlagen werden. Außer zerschlagenen Fensterscheiben am Gewächshaus ließen



sie einen Molotowcocktail zurück. Die Bewohner glaubten, bei den Angreifern Nazi-Embleme gesehen zu haben. Es gelang aber, 2 der Jugendlichen festzuhalten und zusammen mit den gefundenen Waffen der Polizei

zu übergeben. Die Vernehmung der beiden ergab allerdings keine konkreten Anhaltspunkte über die Hintergründe des Überfalls. Zwei Monate später, am 22. April 1981, ging kurz nach Mitternacht das neuerrichtete, große Rundhaus aus ungeklärten Gründen in Flammen auf. Das Feuer erfaßte bald auch das Kinderhaus und das "Hilton", den Stall. Die Bewohner konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen, auch das Vieh wurde überwiegend gerettet. Die Feuerwehr konnte trotz ungünstigen Windes ein Übergreifen der Flammen auf die restlichen 4 Hütten verhindern. Viele verloren ihr gesamtes Hab und Gut. Den Schaden gab die Polizei mit 10000 DM an, den der angesengten Hochspannungsleitung über dem Damm bezifferte das MKW mit 100000 DM.

Trotz der Befürchtung, daß die Behörden den Damm aus feuerpolizeilichen Erwägungen räumen lassen würden, war man entschlossen, die Besetzung weiter fortzuführen. Die eintreffende Flut von Geld- und Sachspenden schien



den Dammbesetzern rechtzugeben. Den Bewohnern der abgebrannten Hütten stellte das Deutsche Rote Kreuz Kelkheim sogar 2 Zelte zur Verfügung.

Die im Dezember 1980 gegründete "Unabhängige Kelkheimer Wählerinitiative" (UKW), deren Zentrum der Damm war, erhielt bei der Kommunalwahl im März 1981 in Kelkheim 10% der Stimmen und zog mit 5 Stadtverordneten und 1 Stadträtin ins Parlament ein. Die in Königstein kandidierende "Aktionsgemeinschaft Lebenswertes Königstein" (ALK), an der ebenfalls Leute vom Damm beteiligt waren, erhielt in Königstein sogar 22% der Stimmen und 8 Mandate.

Für das Wochenende vom 8.-10. Mai 1981 war dann das große Dammfest zum 2. Jahrestag der Besetzung geplant. Am Nachmittag des 8. Mai erschienen einige Beamte am Damm und legten eine Verbotserfügung auf den Boden, in der das Fest, das mittlerweile um eine Woche verschoben worden war, verboten wurde. Es sei eine "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung"; es heißt, die "Versammlung unter freiem Himmel(bringe)wegen der Unbegrenztheit der Teilnehmerzahl und der massensuggestiven Wirkung die Gefahr einer Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" mit sich, wobei auf Störungen und Beschwerden beim letzten Fest hingewiesen wurde. (20)

### 3.3. Die Räumung

#### 3.3.1. Bagger am Morgen ...

Am Dienstag, dem 12. Mai 1981, einen Tag nach dem Mord an dem Hessischen Wirtschaftsminister Karry, erschien ein Vertreter des Landrates mit einer größeren Anzahl von Polizeibeamten und legte eine Räumungsverfügung vor mit der Auflage, innerhalb einer Stunde das Dorf zu räumen. Einwände der völlig überraschten Bewohner, daß diese Frist viel zu kurz sei, da auch die Tiere zu evakuieren seien, blieben unbeachtet. Kurz nach 7 Uhr verließen einige der 20 Dammbewohner die Hütten mit ihren Habseligkeiten, andere leisteten gewaltlosen Widerstand, indem sie sich auf die Dächer setzten oder in dem Dorfgemeinschaftshaus anketteten.

Während die Baufahrzeuge um 7 Uhr 10 begannen, die 3 neuen Hütten und das Windrad niederzureißen, wurden die Bewohner und die über eine Telefonkette herbeigerufenen Sympathisanten aus dem Dorf ge-



drängt bzw. weggetragen. Bis auf einige Journalisten wurden alle Dorfbewohner und andere Personen hinter eine Polizeikette am Eingang des Dorfes gedrängt.

Im Keller des großen Rundhauses hielt sich noch einer der Bewohner auf. Nach Aussagen von Zeugen (Bewohner und Journalisten) wurde dabei die "Chemische Keule" eingesetzt, deren Einsatz der Einsatzleiter der Polizei später weder bestätigen noch ausschließen wollte. Bei einer anschließenden Pressekonferenz hieß es, bei dem jungen Mann habe es sich um einen Bewohner mit Alkoholvergiftung gehandelt, während die Besetzer von einer Gehirnerschütterung sprachen; dies wurde auch von einem Sprecher des Krankenhauses bestätigt. Der Betroffene und weitere junge Leute wurden mit Gehirnerschütterungen, Platzwunden und Nasenbeinbrüchen in das Krankenhaus nach Bad Soden gebracht, von Seiten der Polizei wurden keine Verletzten gemeldet.

In der Zwischenzeit hatten Bauarbeiter die Hütten ausgeräumt und die Sachen zum Bad Sodener Bahnhof gebracht, wo die Besitzer ihre Habseligkeiten abholen sollten. Die Tiere wurden vorübergehend in ein Tierheim nach Kelkheim gebracht.

Im Laufe des Vormittages gingen 2 Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern und Knüppeln gegen die rund 300 jungen Leute vor,

als diese für kurze Zeit die vorbeiführende B 519 blockierten. In der kurzfristig einberufenen Pressekonferenz rechtfertigten die Verantwortlichen - der Landrat des Main Taunus Kreis, Löwenberg, und der Erste Kreisbeigeordnete Knoll - die Aktion. Sie erklärten, die Bauaufsichtsbehörde sei zum Einschreiten gezwungen worden, weil sich für die Dammbesetzer selbst eine immer größer gewordene Gefahrensituation ergeben habe, wie durch den Brand im Naturdorf am 22. April bestätigt worden sei. Als 2. Grund gab der Baudezernent das ursprünglich verbotene, dann aber doch noch genehmigte Dammfest zum zweijährigen Bestehen des Hüttendorfes an. Bei dem zu erwartenden Besucherstrom aus der ganzen Bundesrepublik sei eine Eskalation der Gefahrenherde zu befürchten gewesen, über die keine Kontrolle mehr möglich gewesen wäre.

### 3.3.2. Reaktionen auf die Räumung

Am selben Abend fand um 18 Uhr vor dem Kelkheimer Rathaus eine Kundgebung statt, wo rund 3000 Menschen ihre Solidarität mit den Dammbesetzern bekundeten. In die Empörung über die Räumung des Dammes mischte sich Wut über die massige Polizeipräsenz in der Möbelstadt. Vom Rathaus aus setzte sich eine Stunde später ein Demonstrationszug, flankiert von Polizisten, in Bewegung. Dem Zug folgten Wasserwerfer und Mannschaftswagen. In der Nähe des Dammes löste sich der friedlich verlaufene Zug auf. Trotz des bereitstehenden, starken Polizeiaufgebotes kam es zu keinen nennenswerten Zwischenfällen!

Ein Gespräch zwischen 5 Vertretern der Dammbesetzer einerseits und dem Landrat, seinem Kreisbeigeordneten und 3 Verwaltungsbeamten andererseits 2 Tage nach der Räumung verlief aufgrund der verhärteten Fronten völlig ergebnislos.

In den Zeitungen indes hagelte es Proteste gegen die Räumung des ersten und ältesten Hüttendorfes dieser Art in der Bundesrepublik. Der Tenor der Entrüstung zog sich wie ein roter Faden durch die Stellungnahmen. Die südhessische SPD sprach von einer Machtdemonstration in arroganter Weise, die SPD-Kreistagsfraktion bezeichnete die Räumungsverfügung als willkürlich, unvernünftig und völlig unangebracht; andere Stimmen argumentierten in die gleiche Richtung, so der 'Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland', die Jusos; die Kelkheimer UKW forderte den Rücktritt der Verantwortlichen.

In einem stimmten die meisten Kommentare überein: für die Räumung habe zu diesem Zeitpunkt kein Anlaß bestanden, da sich die Besetzer friedlich verhalten hatten, das Planfeststellungsverfahren für das Straßenprojekt noch nicht abgeschlossen sei und die Straße vorerst noch nicht fortgeführt werde. Die Kritik richtete sich auch gegen die Begründung, die für die Räumungsaktion gegeben wurde, sowie gegen die Überrumplungstaktik der Behörden.

Vonseiten der CDU und der FDP waren kaum Stellungnahmen zu entdecken, einzelne Kommentare unterstrichen lediglich die - ihrer Ansicht nach - Rechtmäßigkeit der Räumung.

In einigen Parlamenten wurden Resolutionen eingebracht, die die Räumung verurteilen sollten, doch in den meisten Fällen wurden sie mit der Mehrheit der CDU zurückgewiesen.

Die ALK in Königstein hielt die Gründe für die Räumung für vorgeschoben, da die dort angeführten Zustände seit 2 Jahren bekannt seien und in letzter Zeit "einvernehmliche Kontakte" zwischen Besetzern und Kreisbehörde stattgefunden hätten. Bei dem Dorf habe es sich um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gehandelt, das ohne staatliche Zuschüsse gut funktioniert habe. (21)

Die Königsteiner Jungdemokraten meinten, daß die "lächerlich kurze Zeit, die den Dammbewohnern zum Zusammenraffen ihrer Habseligkeiten" gelassen worden sei, zeige, daß den Behörden wohl kaum an einer friedlichen Lösung gelegen sein konnte. (22)

Zu den Vorwürfen gegen den Polizeieinsatz während und nach der Räumung nahm auch die Polizei Stellung: sie führte an, daß sie lediglich sogenannte "Schutzhilfe für Vollzugsbeamte einer anderen Behörde" geleistet habe. Zu Beginn seien nur wenige Beamte anwesend gewesen, erst später wurden stärkere Polizeikräfte herangeführt, um "den Platz, gegebenenfalls unter Anwendung polizeilicher Zwangsmittel" zu räumen. (23)

Einige der ehemaligen Bewohner meldeten sich unterdessen obdachlos und verlangten Wohnungen für eine Übergangszeit; die anderen konnten mit Rücksicht auf ihre Mandate in Kelkheim oder Königstein keinen Anspruch erheben.

Das für den 16./17. Mai 81. angesetzte Dammfest wurde dann im Laufe der Woche abgesagt, da die Bad Sodener Behörden einen Sportplatz in Bad Soden als Veranstaltungsort zur Bedingung gemacht hatten, außerdem wurden Auflagen erteilt, die der Sprecher der Dammbesetzer für unerfüllbar hielt. "Wir werden wie die größten Krawallmacher behandelt!", meinte er und verwies auf die einzelnen (24)

Punkte (es dürften keine Fensterscheiben eingeworfen und keine Hauswände beschmiert werden.).

Anstelle des Festes wurde für den 16. Mai zu einer Demonstration am Damm aufgerufen: Einige Jugendliche, die die Stacheldrahtsperrungen zu überwinden versuchten, ließen sich zunächst noch durch Zureden davon abhalten. Als daraufhin Verstärkung, Hundertschaften mit Wasserwerfern und Hubschrauber, auf den Damm gerufen wurde, flogen bald darauf Steine, traten die Wasserwerfer mit Tränengas in Aktion. Die Beamten hatten dann schließlich, so ihr Einsatzleiter Noll, um sich Luft zu verschaffen, die gegen sie geschleuderten Steine zurückgeworfen. (25)

Am späten Abend begaben sich dann die letzten der ca. 600 Demonstranten zu einem in der Nähe gelegenen Sportplatz, wo man sich versammelte, um die Anhängerschaft vom Ort der Auseinandersetzung abzuziehen.

Auch diese Ereignisse erregten wieder die Gemüter. Vorwiegend wurde der massive Polizeieinsatz kritisiert; es wurde gefragt, was es denn dort noch zu verteidigen gab. Das Hüttendorf existierte nicht mehr, es war schon mit der Abtragung des Dammes begonnen worden, der nun doch einem Brückenbauwerk weichen soll. Es gab niemanden, der etwas gegen die Abtragung gehabt hätte. Eine Wiederbesetzung war unrealistisch, zumal der Damm nach oben spitz abgetragen wurde.

Erneut sahen sich die ehemaligen Dammbesetzer einer Welle von Strafanzeigen ausgesetzt. So wird ihnen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Aufruf zu einer verbotenen Demonstration, die gewalttätig endete, u.ä. vorgeworfen.

Gegen Mitglieder der UKW liefen Ermittlungen wegen "Verstoßes gegen das Kunsturheberrecht". Sie hatten Informationsstände mit Bildern von der Räumung aufgestellt, auf denen auch Polizeibeamte zu erkennen waren. Diese Fotos wurden, so Albrecht Kündiger, der Sprecher der UKW, "von 10 Polizeibeamten in einer überfallartigen Aktion von den Stellwänden gerissen und beschlagnahmt". Die Beamten seien dann ohne Kommentar wieder abgefahren. Die 'Frankfurter Rundschau' erhielt auf Anfrage dazu keine Stellungnahme der Polizei. (26)

Das Landgericht Frankfurt erließ in einem ähnlichen Fall ein Urteil, wonach "kleine Polizeibeamte im Einsatz keine Personen der Zeitgeschichte" seien und "ohne Genehmigung nicht portraitiert werden" dürften. Polizeiportraits verletzen das Persönlichkeitsrecht (Recht am eigenen Bild). (27)

Das Ende des Lebens auf dem Damm hatte wohl jeder für sich einkalkuliert. Für die einen, die noch irgendwo ein zweites Bein hatten, ein Zimmer in der Stadt, eine bürgerliche Existenz, ist damit ein Schlußpunkt gesetzt worden; die Rückkehr aus der Beschaulichkeit und Selbstfindung in die geregelte Normalität.

Für die anderen, die sich im Lauf der Zeit ganz dem Leben auf dem Damm verschrieben und alles aufgegeben hatten, wird die Re-Integration in die bürgerliche Gesellschaft ein neuer Anfang gewesen sein.

#### 4. WAS HAT DIE DAMMBESETZUNG ERREICHT?

Die Errichtung des Hüttendorfes erregte großes Aufsehen und machte eine breite Öffentlichkeit auf die Problematik aufmerksam.

Der wohl größte und bedeutendste Verdienst der Leute vom Damm ist die weitreichende Sensibilisierung des ökologischen Bewußtseins der Bevölkerung, die nicht ohne Wirkung auf die Politiker geblieben ist. So sind einige Politiker bereits von der 4-spurigen Streckenführung abgewichen.

Die Landtagsfraktion der SPD befaßte sich im November 1981 in Wiesbaden mit den insgesamt 200 bestehenden Straßenbauprojekten in Hessen. Rund 50 davon wurden in einer fraktionsinternen Liste als überprüfungswürdig bezeichnet, davon allein 10 im Hochtaunuskreis! Auch der Neubau der B 8 als Umgehungsstraße für Königstein steht auf dieser "roten Liste", wobei beschlossen wurde, daß die Notwendigkeit der Entlastung von Königstein zwar anerkannt wird, die Dimension und Linienführung aber ebenso wie Alternativen zur jetzigen Trasse noch überprüft werden müssen.

Der ursprünglich für 1979 vorgesehene Baubeginn wurde zunächst für 1981/2 geplant, dann aber auf unbestimmte Zeit verschoben.

Wenngleich der Damm auch heute noch existiert, so soll er doch einem Brückenbauwerk weichen, wenn die Straße weitergebaut werden wird.

Auch wenn das Dorf am Damm mittlerweile von der Publicity des Hüttendorfes am Frankfurter Flughafen übertroffen wurde, so war es doch das erste Hüttendorf im Bundesgebiet überhaupt, dessen Protest nicht gegen Atomenergie gerichtet war.

Das im Mai 1980 entstandene Naturdorf gegen die geplante Startbahn 18 West hatte die Hüttendörfer von Wuhl, Gorleben und Kelkheim zum Vorbild; auch dort wurde zuerst ein großes Rundhaus als Informations- und Kommunikationszentrum errichtet.

## 5. NACHWORT

Protest gegen den Bau neuer Straßen, die zumeist noch durch unberührte und oft reizvolle Landstriche führen würden, regt sich überall und immer stärker. Viele Bürger haben erkannt, daß reibungsloser Verkehrsfluß nicht die Zerstörung halbwegs noch intakter Umwelt - für Mensch und Umwelt aufgrund ihrer ökologischen Funktion lebensnotwendig - rechtfertigen kann.

20 Jahre sind wohl ein genügend langer Zeitraum, um die ursprünglich als richtig angenommenen Ziele zu überdenken und im Rahmen sich weltweit verschärfender Umweltprobleme als falsch zu erkennen.

Alle diese gegensätzlichen Interessen gegeneinander abzuwägen, Prioritäten zu setzen und letztlich eine Entscheidung zu treffen, ist Aufgabe unserer gewählten Politiker, deren Entscheidung ein überzeugter Demokrat dann, wenn vielleicht auch widerwillig, zu akzeptieren hat.

Was aber, wenn diese Entscheidung wider alle Vernunft ist ?

"Recht ist nicht immer Recht. Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht." (Berthold Brecht)

Doch wer bestimmt, was Recht ist und was nicht; kann das Volk, oder ein Teil davon, dies entscheiden?

Soll und kann es überhaupt in einer parlamentarischen Demokratie aktiv in das politische Geschehen eingreifen, oder darf es sich nur bei Wahlen unmittelbar daran beteiligen?

Die Diskussion um die geplante Startbahn am Frankfurter Flughafen und das Volksbegehren zeigt diese Problematik des Begriffes "Recht" deutlich auf.

Vielleicht hat sich - vorwiegend in der jüngeren Generation - irgendwo eine Angst eingenistet, ein unvermeidliches Sich-einfügen-müssen in eine Realität, die der Idylle keine Chance mehr läßt; auch nicht der unberührten Natur?

## 6. CHRONIK

1977

erste Flugblattaktion gegen die neue B 8

1978

Umweltgutachten des hess. Straßenbauamtes wird  
erstellt

1979

- 5.Mai : Bau der ersten Hütte
- 7.Mai : Abrissverfügung, Anzeigenwelle beginnt
- 12.Aug. : erstes großes Dammfest
- 28.Aug. : Einstellung der ersten Ermittlungsverfahren (Holz-
- Oktober : weitere Verfahren werden eingestellt (diebstahl)

1980

- Februar : Einstellung der Verfahren wegen Parkens im LSG
- 12.Feb. : erster Prozeß wird eingestellt
- 4.März : Freispruch im 2.Prozeß gegen den Sprecher der Besetzer
- Anf.Mai : Einstellung der noch ausstehenden Prozesse
- 11.Mai : Dammfest zur einjährigen Besetzung
- 15.Dez. : Gründung der UKW

1981

- 7.Feb. : Überfall auf das Dorf
- 22.März : Kommunalwahlen: Einzug von UKW und ALK ins Parlament
- 22.Apr. : Brand im Hüttendorf
- 12.Mai : Räumung des Hüttendorfes, Kundgebung, Demonstration
- 16.Mai : Demonstration mit Ausschreitungen am Damm

## 7. QUELLENNACHWEIS

### 7.1. Literatur

- Landschaftspflegerische und landschaftsökologische Umweltverträglichkeitsprüfung für den Neubau der B 8 des Hessischen Straßenbauamtes, Wiesbaden, Oktober 1978
- Stellungnahme des Hess. Straßenbauamtes zu den 155 Einsprüchen gegen das Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Westumgehung Königstein, Wiesbaden, undatiert
- Pressemitteilungen/Briefe von:
  - Aktion gewaltloser Widerstand gegen den Ausbau der B 8
  - Interessengemeinschaft für den Bau der neuen B8
  - Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, OG Glashütten
- Jugendpolitische Informationen für den Main Taunus Kreis
- Sender Kelkheim, 5/81, 1/82
- Lutz'sche Kurz-Information, Kelkheim, 1(1980)8
- Zeitungsberichte von 1978 - 1982 aus :
  - Frankfurter Allgemeine Zeitung
  - Frankfurter Rundschau
  - Höchster Kreisblatt
  - Kelkheimer Zeitung
  - Königsteiner Woche
  - Taunuszeitung

sowie mündliche Informationen von A.Kündiger

### 7.2. Bildnachweis

- Titelbild : Privatfoto A.K.  
Seite 5 : Topograph.Karte Hochtaunus, Hess. Landesvermessungsanstalt, Wiesbaden  
Seite 13 : Privatfoto A.K.  
Seite 17 : Privatfoto A.K.  
Seite 19 : Privatfoto A.K.  
Seite 20 : Privatfoto A.K.  
Seite 22o : Kelkheimer Zeitung vom 21.Jan.81.  
Seite 22u : Privatfoto A.K.  
Seite 24 : Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.Mai 81.

7.3. Zitate

- 1 : Umweltgutachten des Hess.Straßenbauamtes
- 2 : Frankfurter Rundschau vom 31.5.1981
- 3 : Stellungnahme des Hess.Straßenbauamtes, ohne Datum
- 4 : Königsteiner Woche vom 29.6.1979
- 5 : Taunuszeitung vom 28.1.1980
- 6 : Königsteiner Woche vom 29.6.1979
- 7 : Frankfurter Rundschau vom 9.1.1979
- 8 : Taunuszeitung vom 8.1.1981
- 9 : Königsteiner Woche vom 27.2.1980
- 10 : Königsteiner Woche vom 28.3.1980
- 11 : Frankfurter Allgemeine vom 19.6.1979
- 12 : Frankfurter Allgemeine vom 2.6.1979
- 13 : Frankfurter Allgemeine vom 5.3.1980
- 14 : Höchster Kreisblatt vom 12.4.1980
- 15 : Frankfurter Rundschau vom 20.6.1979
- 16 : Kelkheimer Zeitung vom 27.2.1980
- 17 : Taunuszeitung vom 18.10.1979
- 18 : Taunuszeitung vom 27.9.1980
- 19 : Lutz'sche Kurz-Information 1(1980)8
- 20 : Höchster Kreisblatt vom 11.5.1981
- 21 : Frankfurter Allgemeine vom 14.5.1981
- 22 : Taunuszeitung vom 15.5.1981
- 23 : Kelkheimer Zeitung vom 27.5.1981
- 24 : Frankfurter Rundschau vom 16.5.1981
- 25 : Frankfurter Allgemeine vom 18.5.1981
- 26 : Frankfurter Rundschau vom 25.5.1981
- 27 : Frankfurter Rundschau vom 27.5.1981
- 28 : Quelle unbekannt